

Solidarität mit den Beschäftigten bei Bombardier Transportation

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 11. März 2016

- Beschluss:** Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beschließt unten stehende Erklärung und erklärt sich damit solidarisch mit dem Kampf der Beschäftigten in den Werken Bautzen und Görlitz zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze.
- Politische Botschaft:** siehe Erklärung
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:** Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de und soziale Netzwerke)
- Weitere Maßnahmen:** Kopiervorlage erstellen, zum Ausdrucken und Verteilen bei den Protesten
- Finanzen:** -
- Die Vorlage wurde abgestimmt mit:** -
- Den Beschluss sollen erhalten:** Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.

F.d.R.

Dresden, 16.03.2016



Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin

Solidarität mit den Beschäftigten bei Bombardier Transportations in Bautzen und Görlitz

Am 25. Februar hat der kanadische Konzern Bombardier Transportations, der in Deutschland an verschiedenen Standorten über 10000 Personen beschäftigt, den Belegschaften in den sächsischen Werken Bautzen und Görlitz den Abbau von ca. 930 Stellen verkündet. Betroffen sind dabei das Werk in Bautzen mit 230 Stellen und Görlitz mit 700 Stellen. Hauptsächlich werden dabei Beschäftigte in Leiharbeitsverhältnissen ihre Stellen verlieren – mehr als 700 von den 930 Stellen.

Die Konzernführung behauptet, dies sei nötig, um das Unternehmen zukunftsfähig aufzustellen. Tatsächlich geht es aber um die Renditeversprechen an die Aktionäre und die Folgen von Managementfehlern, die nun auf dem Rücken der Beschäftigten korrigiert werden sollen.

Der angekündigte Stellenabbau wird nicht nur einen heftigen Einschnitt für die Betroffenen, sondern auch für die Region bedeuten. Auf jede Stelle bei Bombardier kommen nach Angaben der IG Metall 8 weitere betroffene Stellen in der Region. Die Folgen werden in den kommunalen Haushalten und im Einzelhandel spürbar sein, denn das bedeutet auch weniger Wertschöpfung für die Region.

Dass es nun vor allem Leiharbeiter*innenschaft betroffen wird, ist auch eine Folge der Agenda-Politik auf Bundesebene in den letzten Jahren. Auf Bundesebene kämpfen wir deshalb gegen eine Ausweitung von Leiharbeit, weil dadurch wichtige Mitbestimmungs- und Arbeitnehmer*innenschutzrechte ausgehebelt werden und Lohndumping zur Folge hat. DIE LINKE. Sachsen setzt sich seit Jahren gegen die Billiglohn-Politik der sächsischen Staatsregierung und gegen das Prinzip der verlängerten Werkbank ein.

Die ostdeutschen Standorte sind vom geplanten Stellenabbau überproportional betroffen. Dagegen wehren wir uns ausdrücklich. Von 1400 insgesamt betroffenen Stellen, fallen 1200 auf ostdeutsche Standorte, 930 allein auf Sachsen. Das ist nicht nur vollkommen unverhältnismäßig, es ist auch sozial ungerecht und ein weiterer Schlag ins Kontor einer an sich schon deindustrialisierten Region ohne große Arbeitsplatzperspektiven. Durch den geplanten Abbau würden zudem wertvolle Kernkompetenzen verloren gehen. Wir appellieren an die Konzernleitung, keinen Stellenabbau zu betreiben. Hier ist auch die sächsische Staatsregierung gefragt, sich bei der Konzernleitung für ein Umsteuern in dieser Frage einzusetzen. Doch der CDU-Ministerpräsident und der SPD-Wirtschaftsminister schweigen bislang, anstatt sich zu engagieren. Die sozialen Folgen für die Region Görlitz und Bautzen sind absehbar.

DIE LINKE. Sachsen erklärt sich aus den oben genannten Gründen solidarisch mit dem Kampf der Beschäftigten in den Werken Bautzen und Görlitz um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Wir werden an der Seite der Beschäftigten und zusammen mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten für die Sicherung der Arbeitsplätze in der Region Oberlausitz kämpfen. DIE LINKE. Sachsen fordert die Sächsische Staatsregierung, vorweg Ministerpräsident Tillich, auf, seiner Verantwortung nachzukommen um diese Arbeitsplätze in Sachsen zu halten. Wir rufen unsere Mitglieder in den betroffenen Regionen auf, sich an den Protestaktionen der Bombardier-Werker*innen am 17. März ab 10 Uhr vor ihren Werkstoren zu beteiligen.